

Ackeren, Isabell van

Freie Wahl der Grundschule? Zur Aufhebung fester Schulbezirke und deren Folgen

Die Deutsche Schule 98 (2006) 3, S. 301-310



Quellenangabe/ Reference:

Ackeren, Isabell van: Freie Wahl der Grundschule? Zur Aufhebung fester Schulbezirke und deren Folgen
- In: Die Deutsche Schule 98 (2006) 3, S. 301-310 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-273389 - DOI:
10.25656/01:27338

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-273389>

<https://doi.org/10.25656/01:27338>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Isabell van Ackeren

Freie Wahl der Grundschule?

Zur Aufhebung fester Schulbezirke und deren Folgen

Die deutsche Schullandschaft erlebt derzeit so viele Reformen wie seit Jahrzehnten nicht mehr: Es sind insbesondere die *schulischen Arbeitsresultate*, die unter dem Paradigma der *Outputorientierung* so stark wie nie zuvor ins Zentrum bildungspolitischen Handelns rücken. Vergleichende Lernstandsmessungen – orientiert an Bildungsstandards als Bezugsmaßstab – sowie zentrale Abschlussprüfungen sind Entwicklungen, denen sich kein Bundesland mehr entziehen kann. Aus dieser gesamtdeutschen Situation sticht derzeit die Schulpolitik *Nordrhein-Westfalens* noch einmal besonders hervor. Mit dem Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes will das Land mit weiter reichenden Elementen einer *gestärkten Leistungsorientierung und schulischen Wettbewerbs* Lernerträge möglichst rasch verbessern (vgl. Webportal „Bildungsportal NRW“ und kommentierend Arnhold & Bellenberg 2005). Dazu gehören u.a. das *verbindliche Grundschulgutachten*, die Veröffentlichung von *Schulrankings* in der Primar- und Sekundarstufe sowie die *Abschaffung* der für Grundschulen und Berufskollegs bestehenden *verbindlichen Schuleinzugsbezirke*.

Schulpolitisches Experimentierfeld

Man mag einwenden, dass solche Maßnahmen hierzulande so neu nicht sind und Erfahrungen bereits vorliegen: Schon jetzt gibt es – vornehmlich süddeutsche – Bundesländer, in denen das *Schulrecht vor dem Elternrecht* beim Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe steht. Die Publikation leistungsbezogener Schuldaten (Bestehensquote, mittlerer Notendurchschnitt, Wiederholeranteil...) ist in Sachsen seit einigen Jahren flächendeckend gang und gäbe (www-db.sn.schule.de/output/start.php). Dort hat man mittlerweile die „*Schulporträts*“ auch um qualitative Angaben ergänzt. Die Zugriffstatistik des Webportals spiegelt folgendes Informationsinteresse: Neben der Zusammensetzung der Schülerschaft werden an vorderster Stelle die Angaben zu den Schulleistungen abgefragt, gefolgt von den Schulprogrammschwerpunkten und den Differenzierungs- und Förderkonzepten. Bleibt noch die Abschaffung der Schulbezirke: Hier werden *Kiel und Hamburg als Vorbilder* immer wieder herangezogen, wo es zu keinen nennenswerten Umorientierungen kam. Doch handelt es sich in beiden Fällen nicht um eine echte freie Schuwahl. So werden in Kiel die Elternwünsche großzügiger behandelt, ohne jedoch Kapazitäten zu überschreiten, und in Hamburg gibt es einen Kompromiss: Zwei bis sieben Grundschulen haben sich zu Anmeldeverbünden zusammengeschlossen, aus denen die Eltern wählen können. Eine möglichst uneingeschränkte Wahlfreiheit will man hingegen in NRW bis zum Jahr 2008 einführen, wenngleich man in der Kapazitätsfrage nach erheblichen Bedenken, z.B. des Städtetages sowie des Städte- und Gemeindebundes, nachgegeben hat

und Schulwahl „im Rahmen freier Kapazitäten“ (www.bildungsportal.nrw.de) möglich ist, wobei die *Wohnortnähe* ausschlaggebendes Kriterium sein soll. Nach welchen *gerichtsfesten Kriterien* die übrigen Kinder zugelassen werden, bleibt unklar. Fest steht aber, dass es für die Einzelschule angesichts der Rankings immer wichtiger wird, leistungsstarke Schüler/innen an sich binden zu können.

Mit den skizzierten und weiteren Eckpunkten des Schulgesetzes wird ein Reformpaket auf den Weg gebracht, das eine Vielzahl von Maßnahmen enthält, die in anderen Ländern als einzelne Steuerungsinstrumente bereits eingesetzt werden. Die dazu – z.B. in Kiel – vorliegenden Erfahrungen werden teils genutzt, um für die Etablierung der Einzelmaßnahme zu argumentieren. Jedoch wird im Diskurs um die Effekte der einzelnen Eckpunkte des Schulgesetzes zumeist eines verkannt: Das *Zusammen- und Wechselspiel der Reformschritte* kann eine Kette unbedachter und unerwünschter Reaktionen nach sich ziehen. Ohne solche Zusammenhänge sorgfältig auf der Grundlage aller verfügbaren Erfahrungen und Forschung zu durchdenken und in Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen, gleicht die Situation einem *Experimentierfeld*.

Der Beitrag greift nachfolgend die *freie Schulwahl als zentralen Baustein einer wettbewerbsorientierten Schulsteuerung* heraus. Nach einer Zusammenschau der immer wieder vorgebrachten Argumente für und gegen Schulbezirke wird die Forschungslage zusammengefasst. Darüber hinaus gibt es angesichts des Nebeneinanders von Gemeinschafts- und Konfessionsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen schon jetzt Möglichkeiten der Schulwahl. Die Rezeption der Effekte in einem städtischen Ballungsgebiet wie Essen erweist sich als durchaus ertragreich.

2. Funktionszuschreibungen: feste Schulbezirke, freie Schulwahl

Ein Schulbezirk, auch als Schulsprengel bekannt, ist das *rechtlich umschriebene Einzugsgebiet* einer Schule. Solche festen Schulbezirke sind seit der Institutionalisierung von Schule in Deutschland und der damit verbundenen Durchsetzung der Schulpflicht im 19. Jahrhundert etabliert. Seitdem müssen ganze Altersjahrgänge beschult werden, was bis heute einen erheblichen organisatorischen Aufwand bedeutet. Damals wie heute geht es um eine *vorausschauende Schulentwicklungsplanung*, d.h. Schulen müssen zur rechten Zeit am richtigen Ort in der erforderlichen Betriebsgröße zur Verfügung stehen. Schulbezirke dienen somit der effizienten Planbarkeit von Schulen auf der Grundlage von Schülerzahlenprognosen in einem solchen abgegrenzten Bereich. Darüber hinaus sollen den Schüler/innen möglichst kurze Wege garantiert werden („kurze Beine, kurze Wege“). Ausnahmen von diesem Prinzip können sich z.B. über die Berufstätigkeit der Eltern und eine damit verbundene Kinderbetreuung in einem anderen Stadtteil ergeben. Schulbezirke sind somit in ihrer originären Intention für die *Raumplanung*, die Gewährleistung der *Wohnortnähe* und die Begrenzung von *Schülerfahrkosten* bedeutsam.

Dem steht die freie Schulwahl als deutlich jüngere Entwicklung im staatlich organisierten Grundschulsystem gegenüber. Die Aufhebung der Schulbezirksregelung, wie sie schon seit den 1980er Jahren in einigen europäischen Ländern sowie in den USA und Neuseeland zu beobachten ist, entspringt *zwei zentralen Begründungslinien*: Einerseits ist es der *zunehmende Elternwille*, eigene

Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, andererseits stellt sich die Auflösung fester Schulbezirke als zentraler Mechanismus einer *neoliberalen Marktorientierung* dar. Dies ist insbesondere im Zusammenspiel mit nationalen Test- und Prüfungssystemen zu sehen, in denen einzelschulische Ergebnisse veröffentlicht werden. Ausgestattet mit dieser Information können sich Eltern ohne Schulbezirksgrenzen gezielt für eine Schule entscheiden. Die damit verbundene Ab- oder Hinwendung von oder zu einer Schule beeinflusst schließlich unmittelbar das ökonomische Potenzial und damit letztlich auch die Qualität einer Schule, da deren Haushaltsmittel von der Schülerzahl abhängen. Der damit *entstehende Bildungsmarkt* soll gute Schulen stärken und schlechte zwingen, sich zu verbessern oder gar zu schließen.

Befürworter der freien Schulwahl argumentieren zudem mit besonderen Erträgen für *unterprivilegierte Schülerinnen und Schüler*, denen sich die Möglichkeit eröffnet, unabhängig von ihrem Einzugsgebiet mit einer benachteiligten Sozialtopographie gute Schulen zu erreichen. Zugleich könnte darüber – so die Argumentation – eine bessere Durchmischung erzielt werden. Die Gegenseite befürchtet die *Ausweitung sozialer, ethnischer und leistungsbezogener Polarisierung*, indem diejenigen mit finanziellem, sozialem und kulturellem Kapital sich untereinander noch stärker suchen und feinere Abgrenzungsmechanismen entwickeln und die anderen die Wahlmöglichkeit nicht nutzen (können) und somit unter sich bleiben. Eine solche *Entmischung der Schülergruppen* wird einerseits als eklatanter Rückschritt im Bemühen um eine Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen in der gemeinsamen Grundschule gesehen. Andererseits kann diese Situation als Argument für die freie Schulwahl dienen, und zwar – nach französischem Vorbild – unter dem Schlagwort der *positiven Diskriminierung*, um Schulen, an denen sich in bestimmten Regionen Probleme konzentrieren, gezielter fördern zu können. Spekulationen um mögliche Effekte dieses Steuerungsinstrumentes sind zahlreich aber nicht zielführend und entscheidungsrelevant; der Blick auf die Forschung kann die Zusammenhänge erhellen.

3. Internationale Erfahrungen und Forschungslagen

Länder wie *England, Frankreich und die Niederlande* haben bereits seit vielen Jahren Erfahrungen mit der (teilweisen) Aufhebung von festen Schulbezirken gesammelt und Forschung dazu betrieben. Die Schulwahlbedingungen sowie zentrale Ergebnisse nationaler Forschung zur Wirkung elterliche Wahlmöglichkeiten innerhalb dieser spezifischen Schulwahlstrukturen werden nachfolgend knapp skizziert.

In *England* waren die lokalen Behörden vor 1988 für eine Verteilung der Schüler/innen auf die Schulen ihres Zuständigkeitsbereiches nach ökonomischen Kriterien verantwortlich, d.h. den Eltern wurden für ihre Kinder Plätze zugewiesen. Wollten Eltern sich für eine andere Schule entscheiden, so waren sie auf die teuren Privatschulen, die so genannten ‚independent schools‘ bzw. auf die wenigen selektiven ‚grammar schools‘ angewiesen und konfessionelle Schulen sind für Kinder zugänglich, deren Eltern der entsprechenden Kirchengemeinschaft angehören. Die an die Einzugsgebiete (*catchment areas*) gekoppelten Zugangsbeschränkungen zu einzelnen Schulen sowie eine höchstzulässige Zahl von Schüler/innen an bestimmten Schulen wurde mit der Bildungs-

reform von 1988 aufgehoben. Die damit verbundene prinzipielle Möglichkeit der freien Schulwahl wird im englischen Sprachraum als ‚*open enrolment*‘ bezeichnet. Da sich Eltern aufgrund des ‚open enrolment‘ unter der möglichen Berücksichtigung publizierter einzelschulischer Informationen über das schulische Leistungsniveau im lokalen und nationalen Vergleich in Form von Ranglisten selbstständig für eine Schule entscheiden können, variiert der Zulauf zu den einzelnen Schulen. Damit differieren auch die Schülerzahlen und in der Konsequenz die daran gekoppelten Finanzmittel. Immer wieder kann dabei dem elterlichen Wunsch nicht nachgekommen werden, da Schulen zu *viele Anmeldungen* haben und Schüler/innen auf andere Schulen verteilt werden müssen; die Zahl der elterlichen Einsprüche ist entsprechend hoch. Dennoch wurde die prinzipielle Wahlfreiheit bewusst eingeführt, um eine *bildungsmarktähnliche Situation* zu etablieren.

Es gibt Untersuchungen, die der Frage nachgehen, wie und warum sich Eltern für bzw. gegen eine Schule entscheiden. Im Kern stehen in den verschiedenen Studien zwei Motive besonders hervor, nämlich *die Wohnortnähe sowie der Ruf einer Schule* bzw. – damit einhergehend – *die Schulqualität* (z.B. Hunter 1991, Morgan u.a. 1993, Hughes, Wikeley & Nash 1994, Hammond & Denison 1995, West u.a. 1995, Denessen, Driessen & Sleegers 2005). Auch die *ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft* spielt eine Rolle im Schulwahlprozess, indem bildungsnahe Schichten Schulen mit hohen Ausländeranteilen meiden (z.B. Bagley 1996). Zugleich wird deutlich, dass die Wahrnehmung und das Lesen der Tabellen mit dem Ziel, sich vor einer Entscheidung zu informieren, stark an die *soziale Herkunft* gekoppelt ist: ‚Middle-class‘-Eltern nutzen die Tabellen demnach eher als ‚working-class‘-Eltern, was in der Konsequenz vermutlich eine verstärkte Segregation der Schulen in leistungsmäßiger, sozialer und ethnischer Hinsicht bedeutet (z.B. Echols & Willms 1995, Ball, Bowe & Gewirz 1996). Eine solche *verstärkte Entmischung* der Schülerschaft wurde in englischen Studien beschrieben, deren Ergebnisse deutlich in Richtung einer sozioökonomischen Polarisierung der Schulen interpretiert werden (z.B. Burgess u.a. 2004 und im Überblick Kristen 2005). Demgegenüber stehen allerdings die Ergebnisse einer Studie von Gorard, Taylor und Fitz (2002), die keine Belege für die Annahme finden konnten, dass das Niveau der sozialen und ethnischen Ausdifferenzierung zwischen 1989 und 2000 gestiegen sei, wobei es offensichtlich lokale Unterschiede auch in Abhängigkeit der schulischen Konkurrenzsituation gibt.

In Frankreich wurde den Eltern mit ‚carte scolaire‘ in den frühen 1960er Jahren die Möglichkeit genommen, sich frei für eine Schule zu entscheiden. Stattdessen sollten sie an Schulen ihres Wohnbezirks gebunden werden, um *schulische Entwicklungen besser (zentral) planen* zu können und um andererseits auch geographischen und qualitativen Unterschieden und Ungleichheiten zwischen den Schulen entgegenzuwirken. Seit den frühen 1980er Jahren gibt es aber auch in Frankreich im Rahmen allgemeiner Dezentralisierungstendenzen Experimente mit einer *begrenzten Schulwahlmöglichkeit*, d.h. Eltern können zwischen mehreren Schulen innerhalb einer Region wählen. Die Aufhebung des starren Systems fester Schulbezirke zugunsten flexiblerer Gestaltungsformen folgt vor allem dem ‚liberté‘-Ansatz und nimmt explizit nicht die Etablierung bildungsmarktähnlicher Elemente zum Ausgangspunkt.

Für die französische Situation ergibt sich das Bild, dass Eltern immer mehr als Konsumenten auftreten, auf die sich auf der anderen Seite die einzelnen Schulen einstellen, indem sie – teilweise mit begrenzten Möglichkeiten – versuchen, das *Eingangsniveau ihrer Schülerschaft zu regulieren*, um die Eltern zufrieden zu stellen (Ballion 1989). Zu den bekanntesten Formen gehören das Einrichten von Niveaugruppen und Eliteklassen, das Anbieten außergewöhnlicher Fächer und Fächerkombinationen, die gezielte Vorbereitung auf die Prüfungen und die Nicht-Aufnahme schwacher Schüler/innen. Studien zum Wahlverhalten französischer Eltern zeigen, dass auch in Frankreich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und dem Interesse an den Leistungsindikatoren zu verzeichnen ist (vgl. u.a. Broccolichi & van Zanten 1997). Eltern, die in ihrem Wohngebiet weniger ‚gute‘ Auswahlmöglichkeiten beim schulischen Angebot haben, haben *verschiedene Strategien* entwickelt, um ihren Wünschen gerecht werden zu können: Eltern wählen eine private Schule, man entscheidet sich für ungewöhnliche Fächerkombinationen, die nicht von allen Schulen angeboten werden, es werden auch andere Wohnadressen, etwa von Verwandten, angegeben oder es gibt Absprachen mit dem Schulleiter/der Schulleiterin. Die *soziale Segregation* zwischen den französischen Collèges ist seit 1980 leicht gestiegen (vgl. Broccolichi 1998). Allerdings lässt sich dieser Anstieg nicht mit Sicherheit auf die begrenzten Experimente mit der Schulwahlfreiheit in Frankreich zurückführen. Besonders stark sind die Segregationstendenzen *in schwierigen Stadtteilen*, weniger stark hingegen im ländlichen Bereich ausgeprägt (vgl. Meuret, Broccolichi & Duru-Bellat 2000).

In den Niederlanden hat die freie Schulwahl angesichts der *traditionell großen Autonomie* niederländischer Schulen bereits seit neun Jahrzehnten Tradition (Karsten 1999). Eltern können sich frei zwischen Schulen entscheiden, die sich in ihrer pädagogischen, weltanschaulichen und religiösen Orientierung stark unterscheiden. Festgelegte Einzugsgebiete kennt man nicht (Teelken 1998). Umgekehrt gibt es aber auch Gegenbewegungen, wie sie von Bosker (2001) beschrieben werden. Danach wird die Wahlfreiheit, etwa in Amsterdam, durch *Postcode-Zugehörigkeit* und damit durch die Schaffung von Schulwahlbezirken eingeschränkt. Die Eltern müssen in diesen Gebieten folglich eine Schule in einer definierten Umgebung ihres Wohnortes wählen, um Schüler/innen gleichmäßig in ihrer Anzahl sowie hinsichtlich ihrer sozialen und ethnischen Herkunft verteilen zu können. Der verstärkte Aspekt der *Rechenschaftslegung* wird in den Niederlanden als Steuerungsmechanismus angesehen, der zur Qualitätsverbesserung beitragen kann. Besser informierte Eltern wählen – so die Theorie – bessere Schulen, so dass der Mechanismus von Angebot und Nachfrage als Anreiz wirkt, sich zu verbessern. Derzeit gibt es jedoch eine *scharfe politische Debatte* über die gänzliche Abschaffung der freien Schulwahl, um Segregationsprozesse aufzuhalten (Teelken, Driessen & Smit 2005). Heutzutage stellt sich in den Niederlanden das Problem der Vereinbarkeit der garantierten Schulwahlfreiheit und dem Ziel der sozialen Integration.

In der Betrachtung der Effekte der Wahlfreiheit wird teilweise eine verstärkte ethnische Segregation in den niederländischen Schulen beschrieben (vgl. Karsten 1994), da die Niederländer ihre Freiheit nutzen, um Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu meiden. Teelken (1998) beschreibt den *Effekt zunehmender Konkurrenz* zwischen Schulen um Schülergruppen, was sich auch in einer Zunahme der Koopera-

tion mit Primarschulen widerspiegelt, um die (gute) Schülerschaft zu rekrutieren. Auf der anderen Seite *stärken viele Schulen ihr eigenes Profil*, als Folge autonomer Schulstrukturen, aber auch als Folge des Wettbewerbs. Dronkers und Veenstra (2001) stellen dar, dass Eltern die Veröffentlichungen zwar wahrnehmen, sich aber nicht ausschließlich dadurch in ihrer Entscheidung leiten lassen. Eltern wählen zwar häufiger eine Schule mit guten Resultaten, der Einfluss sei aber nicht groß. Schulwahlprozesse sind vielmehr durch eine *Vielzahl von Faktoren* beeinflusst. Dazu gehören der soziale, kulturelle und ethnische Hintergrund sowie die religiöse, weltanschauliche und pädagogische Orientierung der Personen, die sich für Schule entscheiden, wobei die Bedeutung religiöser Motivierung bei der Schulwahl abnimmt und Qualitätsaspekten weicht (vgl. Karsten 1999). Dabei machen Untersuchungen für die niederländische Situation deutlich, dass Eltern, die sich in ihrer Bildungsnähe bzw. -ferne unterscheiden, durchaus *unterschiedlich stark Gebrauch von den Daten* und Informationen machen, so dass die Verstärkung der Informationsposition von Eltern zu einer Vergrößerung von Ungleichheit führen kann (Karsten u.a. 2001). Bosker (2001) stellt dem gegenüber, dass im Prinzip die Eltern zwar die Wahl haben, doch dass es Begrenzungen durch eine Kombination der Erreichbarkeit und des pädagogischen Profils der Schulen gibt. Es sei denn auch eher die Ausnahme denn die Regel, dass Schüler große Entfernungen zurücklegen, um die Schule der Wahl zu besuchen. Hinsichtlich ethnischer Segregationsprozesse zeigen Forschungsergebnisse die *zunehmende Bedeutung der ethnischen Zusammensetzung* der Schülerschaft für elterliche Entscheidungsprozesse auf (van der Wouw 1994). Zudem kommen Denessen, Driessen und Sleegers (2005) zu dem Befund, dass es *Selbst-Segregationsprozesse* seitens muslimischer Migranteneltern gibt, indem sie gezielt islamische Schulen anwählen, die sie seit den 1980er Jahren in den Niederlanden gründen dürfen.

Im Vergleich der Länder zeigt sich die Bedeutung der Schulwahlfreiheit. Angesichts der in allen drei Ländern mehr oder weniger *begrenzten* freien Schulwahlsituation ergeben sich aber auch Einschränkungen bei der Interpretation von Forschungsergebnissen zur Wirkung dieses Instrumentes, da der Bildungsmarkt nur ein *„Quasi“-Markt* mit teilweise geöffneten Grenzen ist. In einem gänzlich offenen Schulmarkt könnten insbesondere in Ballungsgebieten mit einem dichten Schulangebot stärkere Effekte sichtbar werden. In der Tendenz zeigen sich verstärkte *Segregationseffekte* in der Folge von geschaffenen Wahlmöglichkeiten, d.h. es kommt zu einer leistungsbezogenen, sozialen und kulturellen Entmischung der Schülerschaft. Das bedeutet, dass es insbesondere in größeren Städten Schulen mit einem zunehmendem Anteil benachteiligter Schüler/innen gibt, wie im Übrigen Söderstrom und Uusitalo (2005) in jüngster Zeit auch für *Stockholm* gezeigt haben. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bildungsferne Eltern offensichtlich *weniger mobil bei der Schulwahl* sind und zudem andere Bildungsansprüche für ihre Kinder haben. Privilegierte Familien berücksichtigen stärker den *Ruf einer Schule einschließlich der Leistungsergebnisse* und wissen die verfügbaren Informationen besser zu beschaffen, zu interpretieren und tatsächlich zu nutzen, indem sie auch längere Schulwege in Kauf nehmen und finanzieren können.

Gestützt auf diese Forschungsbefunde ist erwartbar, dass der Fall von Schulbezirken – zudem verstärkt durch die öffentliche Bereitstellung leistungsbezogener, einzelschulischer Daten – die *Entwicklung von Brennpunktschulen* be-

fördern kann. In solchen Schulen lernen Schüler/innen in einem *anregungsärmeren Lernmilieu* – und das in einer Lernphase, in der die zentralen Grundlagen für die weitere Schullaufbahn gelegt werden. Diese Kinder werden stärker als vorher – so steht zu vermuten – Probleme beim Übergang in die fortführenden Schulen haben, auch wenn zusätzliche Ressourcen fließen. Dies lässt sich u.a. aus der Situation der französischen ZEP-Schulen ableiten, wo benachteiligte Schüler trotz besonderer pädagogischer Zuwendung benachteiligt bleiben. Durch eine solche Entwicklung könnten die Kontakte zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer Schichten eingeschränkt werden; bestimmte *Gruppen bleiben dann tendenziell eher unter sich*. Dies ist wohl wenig förderlich für die Ausbildung sozialer Kompetenz und die damit verbundene Lebensweltorientierung. Zudem kann, wie für islamische Schulen in den Niederlanden beschrieben, *ethnische Selbstorganisation* den Rückzug in die eigene Gruppe verstärken, so dass die kulturelle Segregation beidseitig, d.h. von Eltern mit und ohne Migrationshintergrund, betrieben werden könnte.

Schließlich ist zu erwarten, dass Schulen – in Zeiten sinkender Schülerzahlen zudem verschärft – in *Konkurrenzsituationen* geraten, indem einige Schulen besonders stark, andere deutlich weniger angewählt werden. Dieser Auswahlprozess wird sich über die Bereitstellung zusätzlicher *Entscheidungshilfen in Form von Testresultaten* verschärfen, zumal für faire Schulvergleiche deren Ausgangslagen (soziale und ethnische Zusammensetzung der Schülerschaft) berücksichtigt und mitgeteilt werden müssen. Auch darüber erhalten Eltern handfeste Entscheidungshilfen, die den „Ruf“ einer Schule zahlenmäßig erhärten können. Und dieses elterliche Entscheidungshandeln ist für die Schulbehörden nicht mehr steuerbar: Damit steht eventuell nicht genügend Schulraum an einem Ort zur Verfügung; Schulplätze können an manchen Schulen nicht garantiert werden, was die freie Schulwahl konterkariert und die Rechtseinsprüche – siehe England – in die Höhe schnellen lassen könnte. Zu klären ist zudem, *nach welchen Kriterien Schüler zu einer Schule zugelassen werden* und wer die erhöhten Schülertransportkosten trägt. In NRW hat die Landesregierung angekündigt, nur den Weg zur wohnortnächsten Schule zu finanzieren; eine Benachteiligung der ohnehin Benachteiligten...

4. Die Folgen sind abzusehen: Das Beispiel Essen-Rüttenscheid

Über die Forschung in anderen nationalen Kontexten hinaus lassen sich die Wirkungen einer möglichen Schulwahl ganz konkret und fassbar in NRW nachvollziehen: Das Land unterscheidet sich von anderen Bundesländern durch die *gleichzeitige Existenz von Gemeinschafts- und Konfessionsgrundschulen*, die oft im selben Schulgebäude sitzen oder nur einen Steinwurf auseinander liegen (vgl. zum geschichtlichen Hintergrund Kirchhoff 1993). Der Anteil der Grundschüler/innen, die eine konfessionelle Schule besuchen, liegt in NRW bei etwa 35%. Exemplarisch werden die Effekte dieser Situation am aktuellen Beispiel des Stadtteils Rüttenscheid im Süden der Ruhrmetropole Essen deutlich. In Rüttenscheid gibt es fünf Grundschulen, davon vier Konfessionsschulen. Die konfessionellen Schulen stehen zunächst einmal den *Kindern der entsprechenden Glaubensrichtung offen*, die Schulen können die Klassen aber nach eigenen Kriterien auffüllen. Somit haben insbesondere christlich getaufte Schüler/innen eine Schulwahloption. In Zeiten deutlich sinkender Schülerzahlen zeichnet sich derzeit folgendes Bild ab: Die Schulschließung betrifft die konfessionsfreie

Schule. Trotz der sinkenden Schülerzahl blieben die Anmeldezahlen an den Konfessionsschulen im Essener Stadtgebiet konstant; die Gemeinschaftsgrundschulen haben hingegen massiv verloren. So läuft Rüttenscheids Gemeinschaftsschule in eineinhalb Schuljahren aus. Sie teilt sich das Schulgebäude mit einer katholischen Grundschule im gleichen Schuleinzugsbezirk. Dabei hat die katholische Grundschule nach der amtlichen Schulstatistik einen Ausländeranteil von 8% und liegt damit unterhalb des Mittelwerts für Rüttenscheid von knapp 9%; die konfessionsfreie Schule erreicht einen doppelt so hohen Anteil wie die Nachbarschule. Mit einem deutlich höheren Ausländeranteil sind die Differenzen zwischen den Grundschulen im Essener Norden noch drastischer (Kristen 2005). Um dieser Entwicklung in anderen Stadtteilen gegenzusteuern, soll die Klassenzahl an konfessionellen Schulen begrenzt werden; 50% der Schüler/innen sollen tatsächlich der Konfession angehören. Die katholische Kirche unterstützt dieses Vorhaben, die evangelische wehrt sich. Eine andere Maßnahme, die Schülerströme umzulenken, nämlich der Versuch, *Konfessionsschulen in Gemeinschaftsgrundschule umzuwandeln*, scheitert an den hohen gesetzlichen Hürden der Elternmitbestimmung. Dabei geht es vielen Eltern nicht um religiöse Erziehung, die es im Übrigen auch an den Gemeinschaftsgrundschulen gibt. Ihr ‚Glaube‘ ist, dass das Lernniveau durch weniger Sozialfälle und Ausländer steigt; dies ist die *unsichtbare Trennlinie*. Der Fall Rüttenscheid zeigt: Eltern haben Wahlstrategien und ein Teil von ihnen weiß sie umzusetzen, wie Kristen (2005) in ihrer Studie für die Stadt Essen belegen konnte: „[...] the individual assessment of the ethnic and social student composition is closely related to the perception of a school's achievement level“ (S. 176).

5. Perspektiven

Solche Forschungs- und Erfahrungserkenntnisse sind Grund genug, skeptisch zu sein und die politischen Maßnahmen sehr sorgfältig zu planen und zu entscheiden. Schließlich protestiert selbst die Landeselternkonferenz – also gerade jene Adressatengruppe, der die Landespolitik eigentlich entgegen kommen wollte.

Es ist sicherlich wichtig, Schulen für *Qualitätsthemen zu sensibilisieren* und der einzelnen Lehrkraft über landesweite Leistungsvergleiche einen größeren Bezugsmaßstab für die Diagnose und Bewertung der Schülerleistungen in der eigenen Klasse anzubieten. Solche Erhebungsinstrumente werden aber in der Kombination mit Rankings und freier Schulwahl zu bloßen *Rechenschafts- und Selektionsmaßnahmen*, wo es doch darum geht, die Professionalität von Lehrkräften zu stärken und gegebenenfalls Stärken und Schwächen aufzuzeigen und Unterstützungsangebote zu machen. Die bereits vorhandene Selektion durch Schulstruktur, Einzelschule und Lehrerurteil wird nun zusätzlich durch das Entscheidungshandeln einer kleinen Elterngruppe verstärkt – eine Rückkehr also in die Zeit der *Vorschulen mittlerer und höherer Bildungsanstalten*?

Neben der Schaffung professioneller Beratungs- und Unterstützungssysteme erscheint es ratsam, die jetzt zusätzlich in NRW eingestellten und noch einzustellenden Lehrer/innen an bereits existierenden Brennpunktschulen unterzubringen, um Teamteaching und das Lernen in kleinen Gruppen zu ermöglichen, was in anderen Ländern viel häufiger praktiziert wird. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen formuliert es selbst: „Unsere Gesellschaft darf nicht in

Gebildete und Ungebildete, in Ausgeschlossene und Dazugehörige auseinander fallen“ (www.bildungsportal.nrw.de/BP/Schule/Politik/Schulgesetz/index.html, 13.02.2006). Der Fall der Schulbezirke könnte aber genau diese Grenzen verstärken.

Literatur

- Arnhold, Grit; Gabriele Bellenberg 2005: Neue Bildungschancen für wen? Die „neue“ Bildungspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen aus der Perspektive der empirischen Schulforschung. In: *Die Deutsche Schule*, 97, 4, S. 397-407
- Bagley, Carl 1996: Black and white unite or flight? The racialised dimension of schooling and parental choice, In: *British Educational Research Journal*, 22, 5, S. 569-580
- Ball, Stephen; Richard Bowe, Sharon Gewirtz 1996: School choice, social class and distinction: the realization of social advantage in education. In: *Journal of Education Policy*, 11, 1, S. 89-112
- Ballion, Robert 1989: *Le choix du lycée*. Paris: Ministère de l'Education nationale
- Bosker, Roel J. 2001: Prikkels tot kwaliteitsverbetering. In: Bosker, Roel J. (Hg.): *Kwaliteitszorg*. Alphen aan den Rijn 2001, S. 13-26
- Broccolichi, Sylvain 1998: Inégalités cumulatives, logique de marché et renforcement des inégalités scolaires. In: *Ville-Ecole-Intégration*, Septembre, S. 35-52
- Broccolichi, Sylvain; Agnes van Zanten 1997: Espaces de concurrence et circuits de scolarisation: L'évitement des collèges publics d'un district de la banlieue parisienne. In: *Les Annales de la Recherche Urbaine*, 75, S. 5-17
- Burgess, Simon; Brandon McConnell, Carrol Propper, Deborah Wilson 2004: Sorting and choice in English secondary schools. CMPO Working Paper Series No. 04/111, University of Bristol, www.inomics.com/cgi/repec?handle=RePEc:bri:cmpowp:04/111 [13.02.2006]
- Denessen, Eddie; Geert Driessen, Peter Slegers 2005: Segregation by choice? A study of group-specific reasons for school choice. In: *Journal of Education Policy*, 20, 3, S. 347-368
- Dronkers, Jaap; René Veenstra 2001: Schoolprestatie-indicatoren in het voortgezet onderwijs: start, reacties en vervolg. In: Anne B. Dijkstra u.a. (red.): *Het oog der natie: scholen op rapport. Standaarden voor de publicatie van schoolprestaties*. Assen 2001, S. 21-35
- Echols, Frank H.; Douglas Willms 1995: Reasons for school choice in Scotland. In: *Journal of Education Policy*, 10, 2, S. 143-156
- Gorard, Stephen; Chris Taylor, John Fitz 2002: Does school choice lead to 'spirals of decline'? In: *Journal of Education Policy*, 17, 3, S. 367-384
- Hammond, Tom; Bill Dennison 1995: School choice in less populated areas. In: *Educational Management and Administration*, 23, 2, S. 104-113
- Hughes, Martin; Felicity Wikeley, Tricia Nash 1994: *Parents and their children's schools*. Oxford: Blackwell
- Hunter, J. B. 1991: Which school? A study of parents' choice of secondary school. In: *Educational Research*, 33, 1, S. 31-41
- Karsten, Sjoerd 1994: Policy and ethnic segregation in a system of choice. The case of the Netherlands. In: *Journal of Education Policy*, 9, 3, S. 211-225
- Karsten, Sjoerd 1999: Parental choice and the competition between schools in the Netherlands. In: *The Tocqueville Review*, 20, 2, S. 101-109
- Karsten, Sjoerd u.a. 2001: Kwaliteit van scholen in de openbaarheid. Over de publieke verantwoordelijkheid in het onderwijs. In: Anne B. Dijkstra, Sjoerd Karsten, René Veenstra, Adrie J. Visscher (red.): *Het oog der natie: scholen op rapport. Standaarden voor de publicatie van schoolprestaties*. Assen 2001, S. 1-17
- Kirchhoff, Hans G. 1993: Schulstreit. In: Anselm Faust (Hg.): *Nordrhein-Westfalen Landesgeschichte im Lexikon*. Düsseldorf: Patmos, S. 363-364

- Kristen, Cornelia 2005: School choice and ethnic school segregation. Primary School Selection in Germany. Münster: Waxmann
- Meuret, Denis; Sylvain Broccolichi, Marie Duru-Bellat 2000: Autonomie et choix des établissements scolaires: finalités, modalités, effets. In: Les Notes de l'IREDU, 3, S. 1-4, www.u-bourgogne.fr/upload/site_120/publications/les_collections_de_l_iredu/notes.htm [13.02.2006]
- Morgan, Valerie; Seamus Dunn, Ed Cairns, Grace Fraser 1993: How do parents choose a school for their child? An example of the exercise of parental choice. In: Educational Research, 35, 2, S. 139-148
- Söderstrom, Martin; Roope Uusitalo 2005: School choice and segregation: evidence from an admission reform. IFAU: Institute for Labour Market Policy Evaluation. www.ifau.se/upload/pdf/se/2005/wp05-07.pdf [13.02.2006]
- Teelken, Christine 1998: Market mechanisms in education. A comparative study of school choice in the Netherlands, England and Scotland. Amsterdam: Academic dissertation
- Teelken, Christine; Geert Driessen, Frederik Smit 2005: Frictions between education policy and actual school choice: case studies in an international comparative perspective. In: International Review of Education, 50, 1, S. 35-58
- West, Anne u.a. 1995: Parents and the process of choosing secondary schools: implications for schools. In: Educational Management and Administration, 23, 1, S. 28-38
- Wouw, Benedictus A. J. van der 1994: Schoolkeuze tussen wensen en realiseringen. Een onderzoek naar verklaringen voor veranderingen in schoolkeuzepatronen vanuit het perspectief van (etnische) segregatie. Nijmegen: ITS

Isabell van Ackeren, geb. 1974, Dr. phil.; Studium der Biologie, Germanistik und Erziehungswissenschaft für die Sekundarstufen I und II, ist wissenschaftliche Assistentin in der Arbeitsgruppe Bildungsforschung/ Bildungsplanung am Campus Essen an der Universität Duisburg-Essen; Mitglied der Redaktion dieser Zeitschrift.
 Anschrift: Universität Duisburg-Essen, Fachbereich Bildungswissenschaften, Universitätsstraße 11, 45117 Essen
 Email: i.vanackeren@uni-essen.de